
Neoliberale Utopie und Wirklichkeit

Herbert Walther

1. Einleitung

Beginnend mit der Ära Reagan in den USA und Thatcher in Großbritannien hat ein beispielloser Siegeszug liberaler wirtschaftspolitischer Doktrinen die Welt verändert. Die marktwirtschaftliche Ordnungskonzeption – ohne Adjektive? – hat, so scheint es, am Ende des vergangenen Jahrhunderts ihre Gegner politisch, ökonomisch und ideologisch endgültig in die Knie gezwungen:

- > politisch durch den Untergang der Systemalternative einer sozialistischen „Planwirtschaft“ und die marktwirtschaftliche Öffnung von Ländern wie China, Indien, Russland und anderen;
- > ökonomisch durch die unbestreitbare Innovationskraft und Produktivität der kapitalistischen Organisations- und Produktionsweisen;
- > ideologisch durch eine nach den bitteren Erfahrungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erstaunliche Revitalisierung und Popularisierung der Idee von der „*invisible hand*“ des Marktes als eines optimalen ökonomischen Steuerungsmechanismus.

Es wäre naiv zu glauben, die treibende Kraft dieser Entwicklung wäre die Überzeugungskraft der Ideen eines Friedman, Hayek oder ihrer ideologischen Adepten gewesen. Ideen sind wichtig, aber sie können nur politische Kraft entfalten, wenn sie auf passende soziale und ökonomische „Rezeptoren“ treffen.

Man könnte eine lange Liste solcher „Rezeptoren“ nennen, welche den Boden für die Renaissance wirtschaftsliberaler Konzepte bereitet haben, so zum Beispiel

- > die Schwächung der Gewerkschaften durch den Strukturwandel (aber auch – selbstverschuldet – durch obsoletere, nur auf äußeren Druck hin reformierbare organisatorische Strukturen, wie in Großbritannien vor Thatcher);

- der Aufstieg eines global operierenden Finanz- und Fondskapitalismus, der jegliche von liberalen Prinzipien abweichende Wirtschaftspolitik hart diszipliniert;
- die Schwierigkeiten in den 1970er Jahren, Inflation und Stagflation mit den traditionellen Konzepten des Keynesianismus und einer sozialpartnerschaftlichen Einkommenspolitik in den Griff zu bekommen;
- die zunehmende Offenheit vieler Volkswirtschaften, sowohl auf den Güter- als auch auf den Faktormärkten;
- die Einengung nationaler wirtschaftspolitischer Handlungsspielräume durch übernationale Regelungen (EU, GATT etc.);
- die Schwäche „des“ Staates bei der Verteidigung „des“ Gemeinwohls gegenüber Sonderinteressen (im privaten und im öffentlichen Sektor);
- die Individualisierung der Lebenswelten, verbunden mit wachsender Skepsis gegenüber jeglichem „Paternalismus“, auch jenem des Staates;
- das ökonomische Interesse der Medienkonzerne an einem – durch Privatisierung und Wettbewerb aufgeputschten – Werbemarkt;
- das Verblässen und zum Teil systematische Verdrängen der Erinnerung an die Katastrophe der Weltwirtschaftskrise, deren fatale Dimension ja nicht zuletzt eine Folge des dogmatischen Glaubens der wirtschaftlichen und politischen Eliten an liberale Wirtschaftsdoktrinen war.

Ich werde mich im Folgenden nur am Rande mit diesen Faktoren befassen, welche die Renaissance liberaler Ideen ermöglicht bzw. begünstigt haben. Stattdessen möchte ich zunächst den prinzipiell utopischen Charakter, den Kern der (neo-)liberalen Idee einer „preisgesteuerten“ Minimalstaats-Gesellschaft herauschälen.

Meine Kritik werde ich anhand von Beispielen der Wirtschaftspolitik konkretisieren: Wenn eine Utopie propagandistische Wirkung entfalten soll, benötigt sie ein mythologisches Unterfutter, also die richtige Mischung aus Fakten und Fiktionen, welche den Versprechungen Überzeugungskraft verleihen. Es sind vier Mythen der liberalen Ideologie, auf die ich in diesem Zusammenhang eingehen werde:

- Das Prinzip: „So viel Markt und Wettbewerb, so wenig Staat wie nur irgend möglich“ sei die Zauberformel, den allgemeinen Wohlstand zu maximieren;
- Liberalisierung und Marktöffnung schaffen automatisch Wachstum;
- höhere Ersparnisse der privaten und öffentlichen Haushalte verwandeln sich automatisch in höhere Investitionen und höheres Wachstum;
- die wachsende Ungleichheit in unseren Gesellschaften sei primär eine unausweichliche Folge der „Globalisierung“ und/oder des technischen Wandels und kein politisch zu steuernder Prozess.

2. Die (neo-)liberale Utopie

Keine politische Strömung kommt ohne ihre spezifische „Utopie“, ohne leuchtende Skizze einer besseren Welt aus. Worin liegt der Kern der liberalen „Utopie“? Nach C. Christian von Weizsäcker (2005) ist die Herstellung der Bedingungen von „Tauschgerechtigkeit“ (*iustitia commutativa* nach Aristoteles) in einem Regime der „Handlungsfreiheit“ ein zentrales Element des liberalen Ideals:

„Diese Gesellschaft ist im *Idealtyp* charakterisiert durch die Abwesenheit von Macht von Menschen über Menschen. Tauschgerechtigkeit ist somit ein gesellschaftlicher Zustand entfalteter Privatautonomie, die unter Bedingungen des Wettbewerbs und der Abwesenheit von Macht für gesellschaftlich fruchtbare Kooperation von Arbeitsteilung eingesetzt wird.“

Hinter diesen Formulierungen von der „Tauschgerechtigkeit“ und der „Abwesenheit von Macht“ steht, für den Ökonomen unschwer zu erkennen, das Modell des vollkommenen Wettbewerbsmarktes der Neoklassik:

- In diesem Idealbild eines Marktes werden – unter absolut realitätsfremden Annahmen – die Pläne aller Anbieter und Nachfrager ausschließlich durch jene Preise bestimmt, die der anonyme Wettbewerbsmarkt vorgibt.
- Nur unter diesen Bedingungen spielt die Macht des einzelnen Anbieters oder Nachfragers absolut keine Rolle.
- Im Modell des allgemeinen Gleichgewichts eines solchen Wettbewerbsmarktes sind unfreiwillige Arbeitslosigkeit und allgemeine Überproduktion a priori ausgeschlossen.
- Die Pläne der Wirtschaftssubjekte werden ausschließlich durch den Preismechanismus wertmaximierend („effizient“, ohne Verschwendung) koordiniert.
- Die Entlohnung der Arbeitskräfte erfolgt – genauso wie die der anderen Faktoren – „leistungsgerecht“, also nach ihrem marginalen Beitrag zum Gesamtprodukt.

Aufgrund von Unterschieden im Fleiß, aber auch in der Primärausstattung individueller Akteure mit Ressourcen (Talent, ererbtes Vermögen) kommt es dabei natürlich zu beträchtlichen Unterschieden der Markteinkommen.

Daher stellt sich die Frage nach der „Gerechtigkeit“.

Zum Unterschied von Hayek und den Liberalen der Österreichischen Schule, für die bereits jegliche Diskussion über Verteilungsgerechtigkeit sinnlos ist, akzeptiert Weizsäcker als „neoklassisch“ eingefärbter Liberaler auch die heikle Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit („*iustitia distributiva*“).

Für die klassischen Liberalen der Österreichischen Schule existiert nur eine Gerechtigkeit des Verfahrens, wie man Wohlstand schaffen darf, aber

keine Möglichkeit, die aus dem Verfahren folgenden Endzustände der Verteilung nach irgendeinem Gerechtigkeitskriterium zu ordnen.

Weizsäcker ist da etwas konzilianter. Er akzeptiert das Gerechtigkeitskonzept des Sozialphilosophen Rawls: Aus Freiheit resultierende Ungleichheit rechtfertigt sich ethisch durch ihre produktiven Folgen auch für die relativ schlechter gestellten Mitglieder der Gesellschaft. Indem Weizsäcker betont, „vernünftige“ liberale Reformen, welche die Eigenverantwortung stärken und den Staat zurückdrängen, würden diesem Ziel dienen, unterstellt er natürlich implizit, die Umverteilung wäre (jedenfalls in den so genannten „Wohlfahrtsstaaten“) bereits zu weit gegangen.

Im Klartext: Auch den Ärmern könnte es (langfristig) besser gehen, wenn man nur den Mut hätte, sie heute relativ schlechter und die Wohlhabenden relativ besser zu stellen. (Hartz IV + Senkung des Spitzensteuersatzes lassen grüßen.) Zwischen individueller Freiheit, der Schaffung von Wohlstand und dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit besteht letztlich kein (langfristiger) Widerspruch, keine Antinomie.

Weshalb gibt es so heftige Widerstände gegen „vernünftige“ liberale Reformen, wenn doch letztlich *alle* davon profitieren können? Liegt es daran, dass nicht alle so vernünftig sind wie Herr von Weizsäcker?

Für Weizsäcker sind es die organisierten Interessen zur Verteidigung des Status quo, gemeint sind natürlich vorrangig die Gewerkschaften, welche den Staat für sich instrumentalisieren, um Veränderungen, die zu ihrem Nachteil (aber zum Vorteil der „Allgemeinheit“) wären, zu blockieren. In einem idealen Regime der „Handlungsfreiheit“ wäre es hingegen so, dass „all jene Eingriffe des Staates in das Marktgeschehen wegfallen, deren Beseitigung in dem Sinne effizient ist, als der Gewinn bei den Gewinnern größer ist als der Verlust bei den Verlierern“.

Dies wirft sofort die Frage auf, weshalb Widerstände gegen liberale Reformen nicht einfach dadurch ausgeräumt werden, dass die Gewinner die Verlierer entsprechend kompensieren?

Den Grund würde Weizsäcker vermutlich, wie viele andere Ökonomen, in den speziellen Bedingungen der Logik kollektiven Handelns sehen: Wenn die Verluste einer liberalen Reform konzentriert bei einer kleinen Gruppe anfallen, die (in Summe größeren) Gewinne aber an viele Subjekte, unmerklich, verstreut werden, wie bei Preissenkungen durch Wettbewerb, so existiert ein asymmetrischer Anreiz der Organisierbarkeit von Interessen. Diese Asymmetrie konstituiert – aus liberaler Sicht – die entscheidende Schwäche der „*Rent-seeking society*“. Daher: je weniger Staat, je offener die Märkte, desto geringer ist auch der Einfluss kleiner Lobbies, die der Masse der Konsumenten, Steuerzahler etc. Schaden zufügen können.

Weizsäcker räumt immerhin ein, dass manche liberale Reformen auch den Schwächsten schaden können. Allerdings gilt für ihn der historisch begründete Verdacht der „Generalkompensation“ – die Summe aller libe-

ralen Reformen zur Stärkung des Regimes der Handlungsfreiheit erhöht letztlich den Wohlstand aller, auch wenn einige gelegentlich stark verlieren.

3. Zur Kritik der liberalen Utopie

3.1 Wie effizient ist der Markt wirklich?

Erstaunlicherweise wird das liberale Grundvertrauen in die allokative Effizienz von Wettbewerbsmärkten durch jene ökonomische Theorie, die „Neoklassik“, die sich am präzisesten mit dem Funktionieren von Wettbewerbsmärkten befasst, und in der Christian von Weizsäcker (aber auch ein Joseph Stiglitz oder Paul Krugman) verwurzelt sind, *nicht* gedeckt. Die moderne neoklassische Markttheorie liefert ja eine sehr facettenreiche Sicht des Markt- und des Staatsversagens.

Die daraus sich ergebende relativierende, ausgleichende und pragmatische Sichtweise ist der Grund, weshalb radikal-liberale Theoretiker der *Austrian Economics* sich auf eine Diskussion um die „Effizienz“ von Regeln gar nicht erst einlassen wollen. Für sie ist die individuelle Handlungsfreiheit auf Basis privater Eigentumsrechte ein Art Grundrecht, das vor allen anderen Rechten geschützt werden muss, weil es die evolutorische Anpassung des Menschen an sich stetig wandelnde Umweltbedingungen garantiert. Utilitaristische Argumente zur Eingrenzung der wirtschaftlichen Handlungsfreiheit laufen aus ihrer Sicht in die Irre, weil sie der Illusion des Ex-ante-Wissens unterliegen – wenn beispielsweise staatliche „Planer“ der Versuchung erliegen, ein „optimales“ Design für institutionelle Regelungen entwickeln zu wollen. Vereinfacht formuliert ist in dieser radikalen Sichtweise das einzige Kriterium für „Effizienz“, ob ein bestimmtes Handlungskonzept am Markt überlebt. Weil man dies niemals vorher wissen kann, braucht man die unbedingte Handlungsfreiheit, um sicherzustellen, dass hinreichend Raum für „Experimente“ besteht.

Dieser radikal-liberale Marktdarwinismus lässt sich unschwer kritisieren:

- Auch der liberalste Geist muss zur Kenntnis nehmen, dass es viele Märkte (Organhandel, Menschenhandel, illegaler Handel mit nuklearem Material etc.) gibt und geben kann, die in grundlegendem Widerspruch zu ethischen Normen, den Menschenrechten, aber auch zu kulturellen Normen stehen können.
- Die Spieltheorie zeigt uns überzeugend, dass Kooperation gegenüber Konkurrenz unter bestimmten Bedingungen alle Individuen besser stellen kann (zum Beispiel, wenn es um die Bereitstellung öffentlicher Güter geht, von deren Nutzen aus technischen Gründen niemand ausgeschlossen werden kann).

- > Kooperation entsteht jedoch nicht zwangsläufig, sondern muss durch Institutionen, d. h. durch Einschränkung individueller Handlungsfreiheit abgesichert werden.
- > Im politischen Prozess der Bildung von Institutionen kommen wir – ob wir es wollen oder nicht – an der Abwägung von Vor- und Nachteilen unterschiedlicher Handlungsregeln nicht vorbei.

Dabei spielt natürlich auch die Frage eine Rolle, bis zu welchem Grad und in welcher Art „Experimente“ (organisatorische, technische Innovationen) durch Institutionen ermöglicht bzw. unterdrückt werden sollen. Aber alleine die Beispiele der komplexen Probleme der Zulassung neuer Medikamente oder umweltgefährdender Chemikalien, des Denkmalschutzes etc. zeigen klar, dass eine Verabsolutierung des Prinzips der Handlungsfreiheit ohne vorausgehende Abschätzung der Konsequenzen kompletter Nonsense, eine Negierung unvermeidlicher Realitäten ist.

Adam Smith, der eigentliche Entdecker des Marktes als eines sich selbst regulierenden Mechanismus, war übrigens absolut kein „libertär-anarchischer“ Idiot (= „Privatmann“ = „der sich nicht um Politik Kümmernde“), sondern ein pragmatisch liberaler Ökonom, der staatliche Eingriffe in den Markt auf der Basis abwägender Kosten-Nutzen-Argumente analysierte, wie sein berühmter Brief an den Rektor der Universität Edinburgh beweist, in dem er sich zur Frage der Monopolisierung der Mediziner Ausbildung an der Universität äußert. Dabei vergleicht er kritisch die Vor- und Nachteile verschiedener Regulierungen – insbesondere unter dem Aspekt ihrer Effekte auf Qualität und Preis medizinischer Dienstleistungen für die ärmeren Bevölkerungsschichten.¹

Die neoklassische, auf dem Smith'schen Fundament aufbauende Markttheorie, welche die Grundlage für den wirtschaftspolitischen „Mainstream“ liefert, hat eine Unzahl technischer Ursachen des „Marktversagens“ (parallel dazu auch des „Staatsversagens“) detailreich aufgedeckt, von denen die wichtigsten

- > die universell auftretenden „externen Effekte“ (unvollständig definierte Eigentumsrechte, öffentliche Güter und Übel),
- > „Unteilbarkeiten“ in der Produktion,
- > unvollkommene und/oder asymmetrische Information,
- > das Fehlen perfekter „Zukunftsmärkte“

sind. Das simultane Auftreten von Markt- und Staatsversagen hat zur Folge, dass das Wohlstandspotenzial einer Ökonomie *niemals* voll ausgeschöpft werden kann und das Ideal der „Tauschgerechtigkeit“ systematisch verletzt wird.

Die Theorie des Marktversagens liefert eine breite Palette von Argumenten, weshalb – jenseits des reinen „Nachtwächterstaates“ – kooperative politische Lösungen auf vielen (staatlichen und nichtstaatlichen!) Ebenen unerlässlich sind, um ein Funktionieren, ja ein Entstehen von Märkten

ten überhaupt erst sicherzustellen. Gleichzeitig liefert die Theorie aber auch viele Gründe, weshalb der politische Allokationsmechanismus nie „perfekt“ funktionieren kann, sondern für die verschiedensten Verzerrungen anfällig ist. Diese Verzerrungen können durch „marktähnliche“, aber notorisch unvollkommene Korrekturmechanismen (demokratische Abstimmungen, Parteienkonkurrenz etc.) nur begrenzt ausgeschaltet werden.

Daher können wir uns in der realen Welt immer nur zwischen „unvollkommenen“ Lösungen bewegen – gemessen an den abstrakten liberalen oder staatswirtschaftlichen Utopien. Diese Unvollkommenheiten in ihrer Ambivalenz (und fehlenden axiomatischen Ästhetik) zu ertragen, ist den radikalen Ideologen aller Schattierungen unerträglich. Der alte Spruch: „The perfect is the enemy of the good“ gewinnt in diesem Kontext jenseits seiner vordergründigen Platitude eine fatale Doppelbödigkeit: Wer das vermeintlich Perfekte um jeden Preis erzwingen will, zerstört das Gute, das es gibt.

3.2 Kooperation und Konkurrenz als komplementäre Ordnungsprinzipien

Natürlich haben die Liberalen in vielen Punkten ihrer Staatskritik, so überzeichnet sie im Regelfall auch daherkommt, nicht ganz Unrecht. Die theoretische Möglichkeit, dass alle Subjekte durch staatliche Intervention profitieren können, impliziert noch lange nicht, dass es tatsächlich immer so sein muss. Abgesehen davon, dass es keinen perfekten, praxistauglichen Mechanismus der Präferenzenthüllung für öffentliche Güter gibt, besteht immer die Gefahr der Instrumentalisierung des Staates durch die Eigeninteressen der Bürokratie, aber auch (und vor allem) durch private (!) Status-quo-Interessen.²

Kooperative, politische Lösungsstrategien können immer von „partikulären“ Interessen unterlaufen und „pervertiert“ werden. Aber man sollte auch als überzeugter Liberaler soviel Distanz haben zu erkennen, dass es den interessenfreien Raum in Wirtschaft und Gesellschaft niemals geben kann. Der „*horror vacui*“ gilt auch hier: Wenn man bestimmte Interessen bekämpft und bei der Vordertür hinauswirft, dringen andere, nicht minder „partikuläre“, durch die Hintertür herein.

Nur ein Narr (oder liberaler Utopist?) kann daran glauben, dass sich daran durch die Bekämpfung von Gewerkschaften und die implizite Stärkung anderer, eher im Verborgenen wirkender Interessen etwas ändern wird. Das subtile Gleichgewicht legitimer Interessen zu wahren und eine friedliche Konfliktaustragung zu ermöglichen, ist jedenfalls viel komplizierter, als es in der platten Gegenüberstellung von bösen Status-quo-Interessen und „reformfreudigen“ Kräften zum Ausdruck kommt. Wer kann sich denn

– mit übernatürlicher Autorität ausgestattet – anmaßen, trennscharf zu unterscheiden zwischen „reformfreudigen Kräften“, welche die Zustände für alle verbessern werden, und destruktiven „Reformern“, deren Aktionen zu einer reinen Umverteilung ökonomischer Renten oder sogar zu einer Verschlechterung des Status quo für alle führen? Man sollte jedenfalls einem offenen demokratischen Prozess – mit all seinen Versuchen und Irrtümern – mehr vertrauen als dem Klügsten aller liberalen Experten.

Selbstverständlich gilt: All die systematischen Probleme und Ursachen, welche eine „effiziente“ Koordination einzelwirtschaftlicher Interessen über den Markt erschweren, verschwinden nicht einfach, nur weil der Staat als Instrument kooperativen Handelns aktiv wird. Nicht immer und überall muss die Antwort auf ein Marktversagensproblem staatliches Handeln sein. Auch die Selbstorganisationskraft der Gesellschaft kann (und soll in vielen Fällen) ein Korrektiv unerwünschter Resultate von Markt und Wettbewerb sein.

Bedeutet dies, dass die Theorien des Markt- und Staatsversagens der Ökonomen quasi ein Art Supermarkt sind, in dem sich jeder gemäß seinen ideologischen Sichtweisen das passende Versatzstück seiner Argumentation aussuchen kann?

Nicht ganz: Wer A sagt (und zum Beispiel die Theorien des „Staatsversagens“ ernst nimmt), müsste – intellektuelle Redlichkeit vorausgesetzt – auch B sagen und die Möglichkeit des „Marktversagens“ genauso ernst nehmen, basieren doch die entsprechenden theoretischen Analysen auf sehr ähnlichen Grundannahmen, etwa dass Individuen (Politiker, Wähler, Unternehmer, Konsumenten, Bürokraten) unter bestimmten institutionellen und technischen Nebenbedingungen strategisch, aber auch durch reine Anpassung an vorgegebene Umstände ihren eigenen Vorteil suchen und die (negativen oder positiven) Fernwirkungen ihres Handelns auf Dritte (weitgehend) ignorieren.

Worüber man unterschiedlicher Meinung sein kann, ist die subjektive Bewertung von impliziten Zielkonflikten, wenn sowohl Staats- als auch Marktversagensphänomene simultan auftreten. Aus der Gewichtung verschiedener Vor- und Nachteile je nach politischer Präferenz resultieren unterschiedliche Grenzziehungen von „Privatautonomie“ und rechtlich gesetzten Schranken dieser Autonomie.

Eine wichtige Botschaft der neoklassischen Theorien des Markt- und Staatsversagens lautet:

Jeder funktionsfähige Markt erfordert einen institutionellen Rahmen, der nur auf kooperative Weise, durch politische Prozesse und auf der Basis von Abwägungen unterschiedlicher, gegensätzlicher Interessen festgelegt und geändert werden kann. Dieser Rahmen kann nur funktionieren, wenn viele Transaktionsmöglichkeiten (zum Beispiel die Bestechung von Richtern à la Berlusconi, bestimmte Formen der Deponierung von Giftmüll, be-

stimmte Techniken der Verarbeitung von Lebensmitteln etc. etc.) ausdrücklich der Privatautonomie entzogen werden. Vice versa erfordert ein funktionierender politischer Prozess übergeordnete Regeln der Kooperation, welche die Macht einzelner politischer Akteure durch disziplinierende Rückkoppelungen (Parteienkonkurrenz und Wahlen) und rechtsstaatliche Schranken (Menschenrechte, Minderheitenrechte etc.) begrenzen.

Die auch in Weizsäckers Thesen zum Regime der „Handlungsfreiheit“ zum Ausdruck kommende „entweder/oder“-Perspektive („freier Markt“ versus „Staat“) ist abwegig, weil es sich in Wahrheit in nahezu jedem konkreten Transaktionskontext um ein „sowohl als auch“, ein symbiotisches, komplementäres Verhältnis von halbwegs funktionierendem (niemals „perfektem“) Wettbewerb und (niemals „perfekter“) Kooperation handelt.

Den „politikfreien“ Markt gibt es so wenig wie eine völlig „marktfreie“ Politik.

Firmen als „Inseln der Planwirtschaft in einem Meer von Marktbeziehungen“ (R. Coase) belegen diese symbiotische Natur von Kooperation und Konkurrenz in anschaulicher Weise. Je nach Kontext und Problembereich müssen diese grundlegenden Prinzipien allenfalls in unterschiedlicher Weise „gemischt“ werden, um humane Lösungen für eine zivilisierte Gesellschaft zu finden. Dabei ist es klar, dass evolutorisch und spontan sich entwickelnden Koordinationsformen (die „Mafia“ ist nicht gemeint) in einer freien Gesellschaft ebenfalls Raum gegeben werden muss. Zur Korrektur von Problemen des Marktversagens sind solche Koordinationsformen oft ebenso wichtig, manchmal wichtiger³ als „der“ Staat – der ja selbst ein in vielfacher Hinsicht gespaltenes Konglomerat autonomer Zuständigkeiten mit begrenzter Macht ist.

3.3 Die fundamentale Relativität des ökonomischen „Effizienzbegriffs“

Das Zauber- und Lieblingswort liberaler Politik ist die „ökonomische Effizienz“. Der Begriff wird auch von jenen gerne verwendet, die nie einen Gedanken darauf verschwendet haben, wie komplex und unreal die Voraussetzungen für die Realisierung eines volkswirtschaftlich effizienten Allokationszustandes eigentlich sind. Jenseits aller bereits genannten und aus technischen Gründen unausrottbaren Ursachen des Markt- und Staatsversagens, auf deren Boden sich eine subtile ökonomische Theorie zweit- und drittbester Lösungen entwickelt hat, gibt es eine viel fundamentalere Kritik, die in den letzten Jahren durch eine blühende experimentelle Forschung erheblich an Gewicht gewonnen hat:

Das Effizienz-Konzept hängt an einer ganzen Reihe von Annahmen über das menschliche Entscheidungsverhalten („*Homo oeconomicus*“), von denen viele – experimentell nachweisbar⁴ – falsch sind. Nur wenn diese ir-

realen Annahmen erfüllt wären, könnten wir tatsächlich Allokationszustände anhand quantitativer Kosten-Nutzen-Kriterien eindeutig reihen.

3.3.1 *Homo oeconomicus versus Homo sapiens*

Entgegen den Annahmen des „*Homo Oeconomicus*“ sind Individuen oft nicht fähig, in komplexen Wahlentscheidungen konsistente Präferenzordnungen zu bilden (eine Voraussetzung für eine sinnvolle „Kosten-Nutzen-Analyse“), es gibt Empathie und Mitleid genauso wie Neid und Missgunst. In ihren Tauschbeziehungen lassen sich Individuen von Überlegungen der Fairness und Reziprozität, von sozialen Normen oft stärker beeinflussen als von bloßem materiellen „Eigennutz“ und dem „Wertmaximierungsprinzip“. ⁵

Auch unter Unsicherheit verhalten sich Menschen in vieler Hinsicht anders, als es die Standardtheorie behauptet. Nachgewiesen wurde die „Status-quo-Präferenz“ vieler Individuen. Sie bedeutet, dass Präferenzen durch von außen erzwungene Veränderungen in der Ausstattung gestaltbar sind. ⁶ Dadurch kann etwas, was ex ante eine Verschlechterung zu sein scheint, ex post als Verbesserung wahrgenommen werden. ⁷

Dadurch werden viele normative Folgerungen der traditionellen Theorie fragwürdig, zumindest stark relativiert. Beispielsweise können Menschen, die zu ihren Schwächen stehen, *freiwillig* zustimmen, die eigene Privatautonomie zu beschränken – so wie sich Odysseus an die Masten seines Schiffes gebunden hat, um dem Gesang der Sirenen nicht zu erliegen. Weniger poetisch formuliert: Es kann sinnvoll sein, Bindungsfristen für spekulative Anlagen vorzuschreiben, einen dreizehnten und vierzehnten Monatsgehalt als eine Form des kurzfristigen „Zwangssparens“ einzuführen, ⁸ gesetzliche Pflichtversicherungen vorzuschreiben, manche Formen des Sucht induzierenden Konsums zu verbieten usf.

Während manche dieser „Anomalien“, mit erheblichen Krämpfen, in die herrschende Theorie integrierbar sind, stellen die Status-quo-Präferenz und die Endogenität der Präferenzen das Konzept eines eindeutigen Zustandes der „Effizienz“ grundlegend in Frage.

- > Was bedeutet es, wenn sich Präferenzen im Zuge eines sozial gesteuerten Lernprozesses in einem durch kommerzielle Werbung und mediale Vermittlung geprägten Umfeld erst herausbilden?
- > Was bedeutet es, wenn Wettbewerb zu einer Ethik des „Übertrumpfens“ anderer um seiner selbst willen degeneriert, quasi als absoluter kultureller Wert alle Lebensbereiche durchdringt und seinen Gesetzen unterwirft? Wenn daraus ein Konsumverhalten resultiert, das jenseits der legitimen Befriedigung von Bedürfnissen nur mehr einem verschwenderischen, ökologisch zerstörerischen Statuswettbewerb dient?

- > Was bedeutet es, wenn willensschwache oder kurzsichtige Individuen systematisch aus Profitinteresse (Beispiel: die boomende Glücksspielbranche!) verleitet werden, Entscheidungen zu treffen, die sie im Nachhinein bereuen? („Status-ante-Präferenz“) Sind die auf Basis solcher Präferenzen abgeleiteten Marktergebnisse „effizient“?
- > Müssen wir den deprimierenden, an reinen Einschaltziffern orientierten Wettbewerb im privaten TV-Geschäft akzeptieren, oder dürfen wir fordern und erzwingen, dass die für eine Demokratie lebenswichtigen Informationsleistungen in der oligopolistischen Medienwelt einigermaßen objektiv als „Zwangsbeglückung“ erbracht werden?

Wer derartige Fragen stellt, der muss damit rechnen, dass ihm von liberaler Seite Furcht vor der Freiheit und/oder ein latenter Hang zu autoritärer Bevormundung und elitärem Denken vorgeworfen wird.

Dieser Vorwurf kann, muss aber nicht, berechtigt sein. Die Gratwanderung zwischen legitimem Paternalismus („Meritorik“) und inakzeptabler Bevormundung ist zugegebenermaßen extrem heikel, aber sie bleibt uns nicht erspart.

Sie bleibt auch den Liberalen nicht erspart, wie deren politische Präferenz für – irreführenderweise als „kapitalgedeckt“ bezeichnete – Zwangsparprogramme der Pensionsvorsorge zeigt.⁹ Sind diese Stützungsprogramme für den Kapitalmarkt (mit eingebautem *Baby-Boomer-Bubble* plus garantiertem „*Melting Down*“-Effekt, wenn in ferner Zukunft die Anwartschaften gleichzeitig fällig werden) mit dem angeblichen Menschenbild vom mündigen, selbstverantwortlichen Bürger kompatibel? Mit Respekt vor individueller Freiheit, vor der „Selbstbestimmung“ des Bürgers hat es wohl nichts zu tun, wenn die Bush-Administration – laut Umfragen – gegen den Willen einer Zweidrittel-Mehrheit (!) der US-Bürger die bescheidenen umlagefinanzierten Renten weiter senken und gleichzeitig Zwangsbeiträge an die Kapitalfonds (mit kurzfristigem Bonanza-Effekt für die Wallstreet-Broker) einführen will! Steckt dahinter gar die Hoffnung, die erzwungene Änderung des Status quo werde letztendlich auch die politischen Präferenzen der solcherart Zwangsbeglückten verändern? Soll die Angst vor dem Verlust der „kapitalgedeckten“ Pension die Wähler in die Arme der Republikaner treiben?

3.3.2 „Paternalismus“ am Beispiel der Arbeitszeitregelungen

Als konkretes Beispiel der Vielschichtigkeit des Verhältnisses von „Effizienz“ und wirtschaftlicher Handlungsfreiheit seien gesetzliche Arbeitszeitregelungen erwähnt, welche die Arbeitnehmer vor der Macht des Arbeitgebers (oder – *horribile dictu* – vor gesundheitsschädlicher „Selbstausbeutung“) schützen sollen.

Weshalb entsteht „Macht“ des Arbeitgebers?

Spezialisierte Arbeitskräfte können niemals kostenlos von einem Arbeitgeber zu einem anderen wechseln – eine notwendige Bedingung der liberalen Utopie des vollkommenen Wettbewerbs. Wäre diese Bedingung erfüllt, könnten Beschäftigte dem Diktat einer einseitigen Lohnkürzung oder einer einseitigen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen flexibel ausweichen. Beschäftigte könnten ihre Arbeitsleistung sogar in kleinen Portionen an beliebig viele (konkurrierende) Arbeitgeber nebeneinander verkaufen. Ein entlassener Stahlarbeiter könnte sich selbstständig machen, in seiner Küche ein kleines Stahlwerk errichten und dessen Produkte zu den gleichen Stückkosten verkaufen wie sein Ex-Arbeitgeber.¹⁰ Jemand, der eine teure Ausbildung anstrebt, könnte problemlos dafür Kredite bekommen usf.

Dies ist offensichtlich realitätsfremder Unsinn.

Arbeitnehmer haben im Normalfall einen einzigen Arbeitgeber und werden daher zu Recht von den Juristen als „abhängig beschäftigt“ bezeichnet. Diese Abhängigkeit ist die Folge der unvermeidlichen Unteilbarkeit und Spezialisierung von Humankapital. Beide Faktoren beschränken nicht nur die interpersonelle Transferierbarkeit, sondern auch die hypothekarische Belehnung von Humankapital. Diese Abhängigkeit verschärft sich durch die natürlich begrenzte Schaffenszeit (die beiden Vertragspartnern bewusst ist). Abhängigkeit verändert – ohne Ausgleichsmaßnahmen – die Tauschbedingungen im Widerspruch zu den Idealen der „kommutativen Gerechtigkeit“.

Die Spieltheorie lehrt, dass das Resultat von Verhandlungen über die Aufteilung eines gemeinsam erwirtschafteten Kuchens von den jeweiligen „Drohpunkten“ – den „Exit- bzw. Rückfallpositionen“ der Vertragspartner – bestimmt wird. Eine fünfzigjährige Arbeitnehmerin, die weiß, dass Kündigung den Abstieg in die Dauerarbeitslosigkeit bedeuten kann, wäre selbstverständlich bereit, angesichts einer solchen Bedrohung zu schlechteren Arbeitsbedingungen zu arbeiten, als auf einem perfektem Wettbewerbsmarkt herrschen würden. Ein Schutz der schwächeren Marktseite ist daher legitim und notwendig – gerade zur Herstellung von „Tauschgerechtigkeit“!

Dies bedeutet natürlich nicht, dass normative Eingriffe in die Privatautonomie *eo ipso* stets als positiv zu bewerten sind. Auch spezifische Arbeitszeitregelungen können durch technischen und sozialen Wandel obsolet werden, erneuerungsbedürftig sein. Entscheidend ist jedoch das grundsätzliche Recht der Menschen, in einer offenen und demokratischen Weise solche Regeln, nach Abwägung ihrer positiven und negativen Folgen, politisch zu setzen, ohne vor dem Götzen der Privatautonomie in die Knie zu gehen!

Dabei wird es unvermeidlich sein, dass regelbedingte Ineffizienzen auf der Ebene individueller Transaktionen auftreten („keine Regel passt auf

alle Fälle“) und dadurch auch „Kosten“ entstehen. Was Weizsäcker als Argument gegen Regulierungen ins Treffen führt, kann man jedoch in Umkehrung auch *für* das Setzen von Regeln geltend machen: Wenn die Summe der Gewinne aus einer Beschränkung der Privatautonomie die Summe der Verluste überschreitet, sollte man die Privatautonomie einschränken.

Nehmen wir das Beispiel der Ladenschlusszeiten im Einzelhandel.

Der Wunsch der Handelsangestellten nach dem Kollektivgut „familienfreundliche Arbeitszeiten“ steht (vermutlich) in Widerspruch zum Interesse der Konsumenten, ihren Planungs- und Lagerhaltungsaufwand zu minimieren. Der Wunsch der Anrainer von Handelsbetrieben nach ungestörter Nachtruhe kollidiert mit dem Bedürfnis der Konsumenten nach flexibler Versorgung rund um die Uhr. Im Paradies der liberalen Utopie, wo alle kostenlos den Arbeitsplatz wechseln können und „Eigentumsrechte“ (auch das Recht der Kinder von Handelsangestellten auf ausreichende Betreuung, das Recht der Anrainer auf Nachtruhe) perfekt definiert und ökonomisch handelbar sind, wäre gegen eine völlige Liberalisierung nichts einzuwenden.

Der Handel müsste den Beschäftigten (und ihren Familienangehörigen) die Nachteile des Arbeitsplatzes abgelden, die Konsumenten müssten die Anrainer für jede Störung des nächtlichen Einkaufs entschädigen etc. Doch es ist klar, dass es sich dabei um eine Fata Morgana handelt – fernab jeglicher Realität! Sogar wenn man der Meinung wäre, dass „langfristig“ Marktmechanismen (durch Anpassung der Löhne und der Mieten) für einen Ausgleich der Interessen sorgen würden, gilt dies sicher nicht „kurzfristig“ (also für eine Fünfzigjährige, die – seinerzeit – unter ganz anderen Voraussetzungen einen Arbeitsplatz im Handel angenommen hatte). Darüber hinaus ist es fraglich, ob allen Menschen der langfristige Wert „familienfreundlicher“ Arbeitszeiten relativ zu kurzfristigen Einkommensvorteilen hinreichend“ bewusst ist. Politik ist unverzichtbar, tragfähige Kompromisse zwischen gegensätzlichen Gruppeninteressen zu finden. Solche Kompromisse werden niemals perfekt „Pareto-effizient“ sein. Aber sie können (zumindest von einer breiten Mehrheit) als „fair“ empfunden werden, auch wenn einige unter den Regeln leiden. Eine humane, zivilisierte Gesellschaft muss mit solchen Ambivalenzen leben, aber den unterschiedlichen Interessen Raum geben, sich zu artikulieren und Konflikte in demokratischer Form auszutragen.

Können wir angesichts der komplexen Verflechtungen einer modernen Wirtschaft „die volkswirtschaftlichen Gewinne“ und „Verluste“ aus Regelungen (oder aus deren Aufhebung) wirklich präzise bilanzieren, wie es die platte Formel des Herrn Weizsäcker suggeriert? Das ist natürlich absolut unmöglich. „Im Zweifel immer für die Freiheit“, im blinden Vertrauen, dass es die „Generalkompensation“ der Verlierer irgendwann einmal ge-

ben wird, ist jedoch – jenseits der Diktatur einer „liberalen“ Elite – auch keine gangbare Alternative, sondern in Wahrheit eine Flucht vor der Komplexität! Wir sind dazu verdammt, uns ein unscharfes Bild über Kosten und Nutzen von Beschränkungen der Privatautonomie zu machen. Kein Weg führt daran vorbei, aus heterogenen Präferenzen mühsam demokratische Kompromisse zu zimmern. Aber wie kann das funktionieren?

3.3.3 Die Notwendigkeit von organisierten Interessenvertretungen

Die einzige Möglichkeit, wie wir uns Informationen verschaffen können, ob sich die Aufhebung oder Einführung bestimmter Regulierungen lohnt, ist der demokratische Weg, den Betroffenen das Recht einzuräumen, ihre Interessen in einen Prozess des politischen Aushandelns, des fairen Kompromisses einzubringen. Auch für den „besten“ ökonomischen Experten ist es unmöglich, eine singuläre institutionelle Lösung als „die“ effizienteste zu identifizieren, weil ihm dazu fundamentale Informationen fehlen, über die – allenfalls – nur die von den Regeln unmittelbar Betroffenen selbst („privat“) verfügen.

Organisierte Interessenvertretungen sind ein unverzichtbares Element der Koordination, weil es vielfach keine andere Möglichkeit gibt, an essenzielle Informationen (zum Beispiel über die wahren Präferenzen einer Gruppe von Menschen bezüglich eines Kollektivgutes „gemeinsame Freizeit“, „Nachtruhe“) heranzukommen. Diese Informationen sind aber Voraussetzung für „vernünftige“ Regelungen, mit denen „alle leben können“. Es ist daher völlig verfehlt, organisierte Interessen einseitig als „Lobbys“ zu verteufeln, welche *nur* dem „*Rent seeking*“ dienen. Vernünftig ist es, Spielregeln der Transparenz zu schaffen, durch die eine demokratische Öffentlichkeit kritisch partikuläre Einflussnahme verfolgen kann.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die preisgesteuerte Minimalstaatsgesellschaft, welche die „Tauschgerechtigkeit“ sichert, indem sie Macht völlig zum Verschwinden bringt, in der nur der anonyme Markt regiert, ist reine Utopie – vergleichbar in dieser Hinsicht dem „Paradies der Werktätigen“ seliger Provenienz. Märkte erfordern immer und überall ein institutionell abgesichertes Regelwerk, um die unvermeidliche, innerhalb breiter Grenzen gegebene Unbestimmtheit der Preisbildung auf der Mikroebene durch Aspekte der fairen Teilung ökonomischer Renten zu ergänzen.

4. Liberalisierung und Markttöffnung als „Wachstumsmotor“?

Durch offene Wettbewerbsmärkte, Privatisierung und Deregulierung Wachstum und Beschäftigung zu generieren, sind das deklarierte Ziel liberaler Wirtschaftspolitik. In der Tat waren die späten achtziger und neun-

ziger Jahre eine Phase einer – im historischen Maßstab – dramatischen Markttöffnung und Liberalisierung in Europa. Das ehrgeizige Projekt der Vollendung des Binnenmarktes 1992 erhielt durch den Fall des Eisernen Vorhangs, der Vereinigung Deutschlands und den Wunsch der osteuropäischen Länder nach einem raschen EU-Beitritt gewaltige Schwungkraft. Die Europaverträge mit den osteuropäischen Ländern, die Einführung des Euro und die Vollmitgliedschaft von zehn neuen Beitrittsländern waren weitere wichtige Schritte dieses Markterweiterungsprozesses. Führt dieser Prozess tatsächlich zu einer Wachstumsbeschleunigung, wie zum Beispiel vom Cecchini-Report prophezeit?

„Overall it would seem possible to enhance the Community's annual potential growth rate for both output and consumption by around 1 percentage point for the period up to 1992. In addition, there would be good prospects that longer-run dynamic effects could sustain a buoyant growth rate further into the 1990s.“

Tatsächlich betrug das reale Wachstum im Euro-Raum in der Dekade 1980-91 etwa 2,4%, in der Dekade 92-01 etwa 2,1 %, um schließlich in den Jahren 2001-04 auf magere 1,2% per anno zu fallen.

Was waren die Gründe für diese völlige Fehleinschätzung der Wirkungen des erhöhten Wettbewerbsdrucks in Bezug auf das Wachstum? Abgesehen von verschiedenen, höchst unrealistischen Annahmen des Cecchini-Reports (zum Beispiel wurden exorbitante Produktivitätsgewinne durch Skalenvorteile der Integration unterstellt) ist die naive Hoffnung, die Nachfrageentwicklung würde „automatisch“ für ausreichende Dynamik und Reintegration der durch Strukturwandel freigesetzten Arbeitskräfte sorgen, durch die Wirklichkeit widerlegt worden. Der steigende Wettbewerbsdruck erhöhte zwar merklich die Produktivität, aber vor allem zulasten des Einsatzes des Faktors Arbeit.¹¹

Eine wesentliche Ursache für diese Vernachlässigung der Nachfrageseite war das dogmatische Denken in den Kategorien des langfristigen Gleichgewichts, das überall seine giftigen Blüten treibt. So wurden die restriktiven Effekte der europaweiten Konsolidierungspolitik aufgrund des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nicht durch stimulierende Gegenkräfte ausgeglichen. Vor allem die Geldpolitik der EZB hat viel zu zögerlich auf diesen Paradigmenwechsel der Fiskalpolitik und den Integrationsschock reagiert (siehe unten).

5. Das Stabilitätsproblem der Marktwirtschaft

5.1 Die Unmöglichkeit perfekter Zukunftsmärkte

Ein fundamentales Problem des Marktversagens resultiert aus der prinzipiellen Unmöglichkeit perfekter „Zukunftsmärkte“. Eine ideale Koordina-

tion einzelwirtschaftlicher Pläne (nur) über den Preismechanismus erfordert, dass auch alle auf die Zukunft gerichteten Nachfrage- und Angebotspläne bereits heute simultan aufeinander abgestimmt werden können, analog zu einer perfekten Koordination aller denkbaren Termine des restlichen beruflichen Lebens.

Abgesehen vom gravierenden Problem der Unsicherheit alles Zukünftigen, gibt es grundsätzlich keine Möglichkeit, *alle* für die Abstimmung ökonomischer Zukunftspläne relevanten Informationen über die Marktpreise zu transportieren. Auch der Kapitalmarkt – auf dem zukünftige Rechten und Pflichten in bedingter Form gehandelt werden – ist bei dieser Koordinationsfunktion hoffnungslos überfordert.

John Maynard Keynes hat als einer der ersten Ökonomen einige der Gründe herausgearbeitet, weshalb diese Koordination so nicht funktionieren kann. Der bei weitem wichtigste Grund ist noch immer, dass in einer arbeitsteiligen monetären Kreditwirtschaft die Sparentscheidungen von Haushalten und die Investitionsentscheidungen von Unternehmen getrennt getroffen werden.

Sparen der Haushalte setzt Ressourcen frei, die potenziell von Investoren verwendet werden könnten, um die Produktionskapazitäten zu erweitern. Es gibt jedoch keine Möglichkeit, wie in der realen Welt sichergestellt werden könnte, dass die freigesetzten Ressourcen auch tatsächlich sofort wieder genutzt werden. Sparersenden negative Signale aus: „Wir wollen einen Teil der Ressourcen nicht in Anspruch nehmen!“ Aber sie senden keine positiven Signale aus, wofür denn nun konkret die freigesetzten Ressourcen tatsächlich verwendet werden sollen.

In der Welt des vollkommenen Wettbewerbsmarktes ist es möglich, so eine Koordination aller Zukunftspläne herbeizuführen. Dazu müsste ein Auktionator Anbieter und Nachfrager mit vorgegebenen Preisen (Zinsen, Löhnen) konfrontieren und deren (Zukunfts-)Pläne solange abfragen, bis nicht nur alle Märkte der Gegenwart, sondern auch diejenigen der – „statistisch“ vorhersehbaren – Zukunft vollständig und simultan geräumt sind. Erst wenn der Auktionator solche Preise (und Zinsen) gefunden hat, darf er grünes Licht für die Durchführung von Transaktionen geben. In dieser Utopie sind *ausschließlich* die vom Auktionator vorgegebenen Preise¹² für die Angebots- und Nachfrageentscheidungen der Akteure relevant, und jedes Subjekt kann zum herrschenden Preis so viel anbieten oder nachfragen, so viel sparen und investieren wie es will.

Da es in unserer realen Welt keinen solchen Auktionator gibt und daher die Firmen auf unvollkommenen Märkten selbst die Preise setzen *müssen*, kann sich die reale Wirtschaft *prinzipiell* niemals in einem solchen Zustand der allgemeinen Markträumung befinden. Jeder kann in der Realität beobachten, dass die Firmen ihre Preise setzten und über längere Zeit konstant halten. Jeder kann beobachten, dass Firmen zu dem von ih-

nen festgesetzten Preis gerne mehr verkaufen würden – das ist ja auch der Grund, weshalb sie Werbung betreiben! Marktwirtschaften sind notorische „Käufermärkte“, der Kunde ist König. Es existieren nahezu immer Überschusskapazitäten. Diese fundamentale Asymmetrie ist – aus einem bestimmten Blickwinkel – die große Stärke der Marktwirtschaft: Bei funktionierendem (niemals perfektem) Wettbewerb werden die Firmen gezwungen, durch permanente Anstrengungen die Produktivität zu erhöhen. Andererseits birgt der notorische Käufermarkt auch eine eminente Gefahr in sich: Nur wenn Konsumenten, Investoren und Staat gemeinsam hinreichend hohe Ausgaben tätigen wollen, um die stets (!) unsicheren Einnahmehoffnungen der Firmen in Erfüllung gehen zu lassen, kann es einen Zustand hinreichend hoher Beschäftigung geben.

5.2 Schaffen höhere Ersparnisse der Haushalte automatisch höhere Investitionen?

Was passiert, wenn beispielsweise die privaten Haushalte plötzlich die Sparquote anheben, sei es, weil „Vorsorgespargen“ massiv gefördert wird, sei es auch, weil Zukunftsangst regiert, wie zurzeit in Deutschland der Fall? Was passiert, wenn über Jahre (Maastricht-Kriterien, Stabilitätspakt) der reale öffentliche Konsum eingeschränkt wird, die Sparquote der öffentlichen Haushalte steigt?

Tabelle 1 zeigt, was geschehen ist. In den Jahren vor der Währungsunion, den Jahren der „Erfüllung der Maastricht-Kriterien“ gab es ein deutlich niedrigeres Wachstum des öffentlichen Konsums – aber parallel dazu auch ein reduziertes Wachstum des privaten Konsums und der realen Investitionen. 2001-04 ist das Wachstum des privaten Konsums nochmals

Tabelle 1: BIP und Nachfragekomponenten im Euro-Raum (reale Änderungsraten p. a.; saisonal und teilweise im Hinblick auf Arbeitszeit bereinigt)

	BIP gesamt	Priv. Konsum	Öff. Konsum	Brutto- invest.	Exporte	Importe
1971-80	3,2	3,6	3,8	1,9	5,8	5,3
1981-90	2,4	2,3	2,4	2,4	4,7	4,5
1991-00	2,1	1,9	1,8	1,9	6,7	6,1
2001-04	1,2	1,2	2,2	-0,4	2,9	2,6
2003	0,5	1,1	1,6	-0,4	0,4	2,2
2004	2,1	1,2	1,6	2,1	6,3	6,5

Quelle: EU-Kommission (Eurostat und DG ECFIN).

zurückgegangen – gleichzeitig sind auch noch die gesamten (öffentlichen und privaten) Investitionen eingebrochen.

Wie ist so etwas möglich? Auch in diesem Zusammenhang gilt es, die fundamentale Asymmetrie des „Käufermarktes“ zu beachten. Auf einem Käufermarkt reagieren die Produzenten auf die fiskalischen Konsolidierungsbemühungen in einer ersten Reaktion eventuell mit Lageraufbau und sodann mit Produktions- und Investitionseinschränkungen. Weshalb nicht (primär) mit Preissenkungen?

Jede Firma steht in einem komplexen Netzwerk von Kontrakten mit Zulieferern, Arbeitnehmern, Kreditgebern, dem Staat etc. Die Preise der Vorleistungen, Löhne und Zinsen müssen auf unvollkommenen Märkten vertraglich ausgehandelt werden. Weil dieser Prozess kostspielig ist, bündelt man ihn zu bestimmten Zeiten und legt die Preise und Konditionen für längere Zeit fest. Oft sind Abnahmeverpflichtungen, Kündigungsfristen etc. ausgehandelt worden, denen man sich nur mit Abschlagszahlungen entziehen kann, sodass nicht einmal alle „variablen“ Inputs kurzfristig an die Nachfrage angepasst werden können. Erpresserisches Nachverhandeln gegenüber einer Marktseite, die Vorleistungen erbracht hat, soll dadurch ausgeschaltet, Vertrauen in die Langfristigkeit von „persönlichen“ und nicht „anonymen“ Geschäftsbeziehungen geschaffen werden. Dieses Vertrauen ist wichtig, weil auch die Zulieferer, Arbeitnehmer, Kreditgeber in ein dichtes Netz von Verträgen eingebunden sind und nur die Planungssicherheit das Spezialisierungsrisiko in einer arbeitsteiligen Gesellschaft ausreichend mindert.

In einer Kreditwirtschaft sind natürlich auch Tilgungs- und Zinsverpflichtungen nominell fixiert. Bei starken Schwankungen der Nachfrage können die Firmen ihre (durch Vertrauensprobleme stets gefährdete) Bonität durch Variationen des Investitionsbudgets und Entlassungen viel besser schützen als durch ein „Vorpreschen“ bei Preissenkungen. Kürzungen der Investitionen und Entlassungen zwingen Haushalte (private wie öffentliche) zum „Entsparen“, wodurch sich der Finanzierungssaldo des Unternehmenssektors verbessert. Wäre bei Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wirklich das allgemeine Preisniveau der wichtigste „Stoßdämpfer“, wie von Neomonetaristen unterstellt, so wären in einer Kreditwirtschaft mit nominell fixierten Kontrakten spekulative Blasen („*Bubbles*“) und Finanzkrisen endemisch.

Eine vollständige, simultane Preis- und Lohnflexibilität in dem Sinne, dass bei einer Störung (zum Beispiel einer steigenden Sparquote der Haushalte) alle Preise, aber auch sämtliche Konditionen vergangener Kredite unendlich rasch in einen neuen Zustand der Markträumung springen, sodass die im Verwendungszweck „Konsumgüterherstellung“ frei werdenden Ressourcen unverzüglich im Verwendungszweck „Investitionsgüterherstellung“ wiederbeschäftigt werden, ist schon alleine angesichts der

Heterogenität und konkreten Gebundenheit aller Ressourcen in räumlicher und qualitativer Hinsicht sowie aufgrund der „Netzwerknatur“ aller ökonomischen Kontraktbeziehungen absurd. Diese Vorstellung ist genauso absurd wie jene, dass sich ein einzelner Autofahrer ganz alleine den Handlungszwängen eines Staus entziehen könnte, indem er auf das Gaspedal tritt – im blinden Vertrauen, die anderen machen es ihm zeitgleich nach!

Firmen können grundsätzlich nur auf einen konkreten Absatzverdacht hin produzieren und investieren („Wie wird sich die Nachfrage nach meinem Produkt in der Zukunft entwickeln?“). Das gesamte Netzwerk einzelwirtschaftlicher Pläne wird letztlich nur durch unsichere, sozial und medial vermittelte Erwartungen in Bezug auf die zukünftige Marktentwicklung zusammengehalten. Nicht vom Markt her vorgegebene Preise und Preisexpectationen (wie in der liberalen Utopie), sondern „Absatzerwartungen“ bei „kostendeckend“ gesetzten Preisen determinieren das Geschehen. Wie wird sich der Absatz meines Produkts in der Zukunft entwickeln? Wie sicher ist mein Arbeitsplatz? Das sind die zentralen Fragen, wenn die Wirtschaftssubjekte ihre Ausgaben planen.

Wenn alle (private Haushalte, öffentliche Haushalte und unternehmerische Investoren) weniger ausgeben, nehmen daher alle zwangsläufig weniger ein.

Pessimistische Erwartungen, die sich kollektiv verfestigen, erweisen sich als eine selbst erfüllende Prophezeiung und verursachen eine dauerhafte Krise. Diesen Punkt kann man gar nicht genug betonen, weil viele „Mainstream-Ökonomen“ davon auszugehen scheinen, dass es einen fundamentalen Bruch der langfristigen Erwartungen gar nicht geben kann. Soweit diese Ökonomen bereit sind, keynesianisch „angehauchte“ Erklärungen konjunktureller Schwankungen zu akzeptieren, sind diese Schwankungen in ihren Augen temporär. Früher oder später werden sie sich nach dem „Schaukelstuhlmodell“ der Konjunktur von alleine wieder auspendeln.

In der Tat: Ein „Auspendeln“ ist möglich, aber nur solange die Wirtschaftssubjekte stabile langfristige Erwartungen haben („diese Krise geht, wie alle anderen vorher, rasch vorbei“). Stabile langfristige Erwartungen sind der eigentliche „Anker“ einer arbeitsteiligen Kreditwirtschaft.

Es ist paradox: Gerade der von orthodoxen Ökonomen heftig kritisierte Keynesianismus der Nachkriegszeit (und der durch ihn gestützte Glaube an die „Machbarkeit der Konjunktur“) hat – nach den bitteren Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise – erheblich dazu beigetragen, diese langfristigen Erwartungen zu stabilisieren.¹³ Aber auch der Beitrag des Sozialstaates zur Stabilisierung von Einkommenserwartungen in der Krise kann kaum überschätzt werden.

In einer echten keynesianischen Krise, wie sie zur Zeit in Europa nach fünf Jahren der Stagnation m. E. nicht nur vor der Tür, sondern schon im Raum steht, droht ein Bruch der langfristigen Erwartungen („diese Krise

ist neuartig, geht nicht so rasch vorbei, vielleicht wird sie sich sogar noch weiter verschlimmern“).

Die – von der liberalen Utopie ignorierte – tiefe Einsicht in die prekäre Verfasstheit einer arbeitsteiligen, kapitalistischen Kreditwirtschaft liefert die Grundlage für die Erklärung makroökonomischer Unterbeschäftigung, wie sie Keynes in seiner Theorie der Unterbeschäftigung beschrieben hat. Keynes war nicht an kurzfristigen Schwankungen rund um eine „natürliche“ Arbeitslosigkeit interessiert (wie es in zahlreichen Makrolehrbüchern der „kurzen“ und „langen Frist“ völlig falsch dargestellt wird), sondern an der Erklärung der Wirtschaftskatastrophe in den dreißiger Jahren.

Diese Theorie der Bestimmung der Beschäftigung durch das Niveau der effektiven Nachfrage bleibt weiterhin relevant, und je öfter man Keynes für endgültig tot erklärt, desto relevanter wird sie werden. Sie fußt nämlich auf einer realistischen Beschreibung menschlicher Verhaltensweisen in einer unsicheren Welt unvollkommener Information mit hoch spezialisierten Käufermärkten und konkret gebundenen Ressourcen.

Hartnäckige Unterbeschäftigungsgleichgewichte, die durch einen Bruch der langfristigen Erwartungen eingetreten sind, können nicht dadurch bewältigt werden, dass man sie mit einer „Politik der ruhigen Hand“ aussitzt, sondern nur durch eine kooperative politische Anstrengung. Wobei primär, aber keineswegs ausschließlich der Nachfrageseite Augenmerk geschenkt werden muss.

Es ist durchaus so, dass die Lohnpolitik, aber auch eine kluge Infrastrukturpolitik (zum Beispiel Förderung von Forschung und Entwicklung) in eine solche (Keynes plus Schumpeter-)Strategie miteingebunden werden müssen. Entgegen den Thesen der liberalen Angebotstheoretiker kann jedoch die Lohnpolitik – mittels langfristiger Produktivitätsorientierung und Zurückhaltung im Aufschwung – nur die Segel für nicht-inflationäres Beschäftigungswachstum setzen. Für ausreichenden Wind muss die Nachfrageseite sorgen!

Die Überwindung einer keynesianischen Krise ist allerdings heute sehr viel schwieriger, als es der naive Steuerungsoptimismus der sechziger Jahre gehofft hat. Einerseits, weil sich objektiv die nationalen Handlungsspielräume (vor allem in kleinen Volkswirtschaften) deutlich verringert haben, andererseits, weil auch das Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, „vernünftig“ gegenzusteuern, erheblich gelitten hat. Die liberale Propaganda, dass „Selbstheilung“ durch Marktkräfte immer der bessere Weg und *jegliche* Intervention, wenn nicht schädlich, so unwirksam ist, hat das allgemeine Meinungsklima geprägt. Angst vor der überbordenden Verschuldung des Staates ist eine reale politische Kraft geworden und kann auch den Staat in den Strudel der allgemeinen Sparwut hineintreiben. Ob diese Angst sachlich begründet ist oder nicht, ist eigentlich völlig gleichgültig.¹⁴ Wenn die Angst vor dem „Bankrott“ (oder die Angst vor zukünftig

drohenden Steuererhöhungen) vorhanden ist, begrenzt dies natürlich auch die Effektivität staatlichen Gegensteuerns.

Die anti-interventionistische Argumentation stützt sich im Kern auf die Überzeugung, dass jegliche Lockerung der Disziplin des Marktes durch „künstliche“ Stimulierung der Nachfrage die Spielregeln so verändert, dass die Glaubwürdigkeit des marktwirtschaftlichen Disziplinierungsmechanismus („Wer sich nicht anstrengt, geht unter!“) irreparabel beschädigt wird. Quasi so, als würde eine hungrige Katze, einmal gefüttert, nie mehr wieder Mäuse fangen, weil sie sich dann darauf verlässt, immer wieder gefüttert zu werden.

Obwohl diese Art der Kritik an einer mechanisch, wie „programmiert“ ablaufenden Nachfragepolitik mit „Vollbeschäftigungsgarantie“ berechtigt sein kann,¹⁵ wird das radikal gegenteilige Prinzip – „*fiat justitia, pereat mundi*“ – deswegen nicht richtiger: Die Glaubwürdigkeit von Spielregeln solange zu verteidigen, bis die Katze verhungert ist, kann auch nicht besonders intelligent sein.

In einer nachhaltigen Krise ist es zwingend notwendig, auf umfassende Kooperation zu setzen. Natürlich gibt es auch Bedingungen, unter denen ein hektischer Aktivismus schädlicher wäre als das Vertrauen auf das „Auspendeln des Schaukelstuhls“.

Wer allerdings angesichts einer mehrjährigen Stagnationsphase mit steigender Arbeitslosigkeit (in allen Qualifikations- und Altersstufen) in wichtigen Kernländern der Europäischen Union noch an die Selbstheilungskräfte des Marktes glaubt, dem ist nicht mehr zu helfen.

5.3 Die Katastrophe der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland

Es ist von Interesse, mit welchen Argumenten liberale Theoretiker die Relevanz der keynesianischen Erklärungen der Ursachen von Massenarbeitslosigkeit in Frage stellen. Jüngst hat der einflussreiche deutsche Ökonom H. G. Sinn seine Sicht der Ursachen deutscher Massenarbeitslosigkeit ausführlich dargestellt.¹⁶

Verkürzt formuliert:

- > Die dramatische Öffnung des weltweiten Arbeitsmarktes für niedrig qualifizierte Arbeit hat zu weit verbreiteten Auslagerungen lohnintensiver Fertigungen („Basarökonomie“) und einer Verlagerung von Investitionen ins Ausland geführt. Dadurch ist in Deutschland die Arbeitslosigkeit massiv gestiegen.
- > Aufgrund des großzügigen sozialen Netzes ist dieser Anstieg jedoch relativ dauerhaft. Arbeitslose werden durch den Sozialstaat quasi im Zustand der Arbeitslosigkeit festgezurr. Wegen der zu hohen Sozialleistungen und des dadurch bedingt zu hohen Anspruchslohnes entstehen zu wenig neue, attraktive Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor.

tor. Damit diese Dienstleistungen auch nachgefragt werden können, müssten sie *relativ* billiger werden.

- > Die Angst vor weiter steigender Arbeitslosigkeit drückt gleichzeitig die Konsumnachfrage und damit die Konjunktur, aber auch die Lohnstückkosten der Exportindustrie und sorgt für einen „pathologischen“ Exportboom, geboren aus der Flucht in die kapitalintensive Exportbranche. Diese Flucht kann jedoch den Wegfall von Millionen Arbeitsplätzen durch Auslagerungen nicht kompensieren.

Zunächst einmal lässt sich sagen, dass diese Analyse mit einer keynesianischen Diagnose partiell kompatibel ist. Wenn, aus welchen Gründen auch immer (zum Beispiel aufgrund einer – schockartigen – radikalen Öffnung der Märkte gegenüber Volkswirtschaften mit wesentlich niedrigeren Löhnen, aber guter Qualifikation der Arbeitskräfte), die Inlandsinvestitionen dramatisch zurückgehen und die Sparneigung (der privaten Haushalte) aus Angst vor Arbeitslosigkeit und diejenige der öffentlichen Haushalte aus Angst vor Verschuldung gleichzeitig steigt, so resultiert daraus ein massives Nachfrageproblem und – in letzter Konsequenz – auch (allerdings nicht nur) keynesianische Arbeitslosigkeit. Wenn dann die steigende Arbeitslosigkeit die Lohnstückkosten drückt, verbessert sich – pathologisch hin oder her – die Wettbewerbsposition der Exportwirtschaft. Die Erhöhung der Exporte kann jedoch (auch aufgrund der zunehmenden Auslagerungen lohnintensiver Vorleistungen) den Rückgang des inländischen Konsums und der inländischen Investitionen nicht ausgleichen.

Die Vernunft würde uns sagen, dass es in einer solchen Situation wichtig wäre, den privaten Inlandskonsum (und die Inlandsinvestitionen) kräftig zu stimulieren. Von der fiskalpolitischen Seite her ist das Gegenteil passiert („Riester-Rente“ in Deutschland, in Österreich „Abfertigung neu“ plus „Vorsorgesparen“, Kürzungen der Sozialleistungen, Steuer- und Gebührenerhöhungen für Mittel- und Kleinverdiener bei gleichzeitigen massiven Steuergeschenken für die Großindustrie, die das Geld aber lieber im Ausland investiert).

Erschwerend kommt hinzu: Die deutsche Malaise ist nicht über Nacht entstanden. Sie hat sich über Jahre aufgebaut, weil der kurze Wiedervereinigungsboom im Jahr 1992 viel zu rasch und brutal „abgedreht“ worden war. Die Geldpolitik hatte damals die Zinsen schockartig, innerhalb sehr kurzer Zeit hinaufgeschraubt,¹⁷ ohne die Wirkung der ersten restriktiven Schritte bis Ende 1990 – die sicher zu vertreten waren – vorsichtig abzuwarten! Eine drastische Übersteuerung war die Folge, von der sich Deutschland eigentlich die ganzen neunziger Jahre hindurch nicht wirklich erholte.

Aber nicht nur die deutsche, auch die gesamteuropäische Nachfragepolitik (Maastricht-Kriterien, Stabilitätspakt) wirkte und wirkt angesichts des dramatischen, zum Teil unvermeidbaren Strukturwandels zu restriktiv.

Das ist der Kern des Problems, der von den Angebotstheoretikern und Propheten des Abbaus von Löhnen und Sozialleistungen konsequent ignoriert wird. Der restriktive Kurs macht jede „Standortverlagerung“, die im Zuge des „Ausgleichs der Faktorpreise“ langfristig durchaus Sinn machen würde, zu einem weiteren Stein im Brett des katastrophalen Niedergangs der effektiven Nachfrage und des Arbeitsplatzverlustes.

5.4 Wo bleibt die Verantwortung der Geldpolitik?

Es ist mit den Händen zu greifen, dass es in Deutschland, bedingt durch den dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit, einen psychologischen Bruch in den Zukunftserwartungen gibt, der eine negative Spirale des Pessimismus induziert. Dies nicht erkannt und rechtzeitig aktiv gesteuert zu haben, ist zuallererst die Verantwortung der Geldpolitik der EZB, die sich konsequent seit nahezu fünf Jahren an überoptimistischen Wachstumsprognosen („always on the bright side“, nennt das der Economist¹⁸) orientiert!

Tabelle 2: Der sanguinische *Bias* der EZB in Bezug auf die Prognosen des realen Wachstums

	EZB- Prognose	tats. Wachstum	<i>Bias</i>
2002	2,0-3,0	0,9	+177%
2003	1,9-2,9	1,8	+33%
2004	1,9-2,9	1,2	+100%

EZB-Prognose: ECB Staff Macroeconomic Projections, jeweils Dezember (t-2).

Quelle: ECB Monthly Bulletins (Dez. 2001/02/03); OECD Economic Outlook (Mai 2005).

Was kann der Grund für diesen sanguinischen *Bias* (Tabelle 2) sein?¹⁹

Natürlich machen es optimistische Prognosen leichter, den Druck der Öffentlichkeit in Richtung Zinssenkung, der bei nüchterner Sicht aufgetreten wäre, schon im Vorfeld abzuwehren – im Dienste einer (vermeintlichen) Verteidigung der Preisstabilität. Es ist jedoch nicht vorstellbar, dass eine bewusste Manipulation der Prognosen mit diesem Ziel stattfindet. Viel wahrscheinlicher ist, dass die EZB aufgrund ihrer viel zu vergangenheitsorientierten Ökonometrie- und Gleichgewichtsgläubigkeit einige grundlegende Veränderungen einfach nicht erkannt hat.

Die EZB hat weder die psychologischen Effekte der Euro-Umstellung²⁰ noch die Auswirkungen der demographischen Entwicklung (und der – von der Versicherungswirtschaft massiv geschürten – Ängste davor) auf das Sparverhalten korrekt eingeschätzt. Laut OECD-Economic Outlook 77 (Ju-

ni 2005) ist allein der deutsche reale Konsum in den letzten drei Jahren kumulativ um 1,5% gefallen, während gleichzeitig die Sparquote um 0,75 Prozentpunkte gestiegen ist! Wie die Mehrzahl der professionellen Auguren hat die EZB auch die Schockwirkung der Ostöffnung und der raschen EU-Erweiterung auf die Inlandsinvestitionen in Deutschland unterschätzt.

Die sanguinische Neigung der EZB in Bezug auf die Prognosen über das reale Wirtschaftswachstum impliziert logischerweise, dass die Geldpolitik selbst nach den eigenen Maßstäben der EZB, ex post betrachtet, zu restriktiv agiert haben dürfte. Denn überoptimistische Wachstumserwartungen implizieren nahezu zwangsläufig allzu pessimistische Einschätzungen des Inflationsrisikos.

Eine Untersuchung des Ex-Chefökonomen der Schweizer Nationalbank Rich²¹ zeigt, dass im Falle einer 1%-Senkung des realen Wachstums die FED die kurzfristigen Zinsen um 0,5% verringert hat, die EZB nur um 0,25%! Sie zeigt auch, dass die FED rascher auf Outputänderungen, aber etwas langsamer auf Inflationsänderungen reagiert als die EZB. Diese Reaktionsweisen spiegeln vermutlich nicht nur die Fehleinschätzungen der zukünftigen Entwicklung, sondern auch eine unterschiedliche Gewichtung wirtschaftspolitischer Ziele, wie durch das EZB-Gesetz vorgegeben, wider.

Dafür gibt es auch andere Zeugen: Der ehemalige Gouverneur der amerikanischen Notenbank Laurence Meyer, absolut kein linker Ökonom notabene, hat kürzlich – wie die NZZ berichtet – gemeint, sein Eindruck sei, „die EZB lasse sich von konjunkturellen Entwicklungen nicht aus der Ruhe bringen, während die FED versuche, Unebenheiten der Wirtschaftsentwicklung zu glätten“. ²² Und die NZZ führt weiters aus: „Unterschiedlich fällt auch die Bedeutung aus, welche die beiden Notenbanken der Geldmenge für die Beurteilung von Preisrisiken einräumen. Während sie laut Meyer im Offenmarktausschuss, der die Geldpolitik des FED bestimmt, kaum je zur Sprache komme, stehe sie im Rahmen der Zwei-Säulen-Strategie der EZB gleichberechtigt neben der Analyse wirtschaftlicher Faktoren.“ ²³

Die so genannte Zwei-Säulen-Strategie (die nach Issings baldigem Abgang hoffentlich entsorgt werden wird) hat vornehmlich die Funktion, dass die EZB in Bezug auf Inflationsrisiken „always on the dark side“, also mit einer möglichst pessimistischen, jedenfalls vorsichtigen Einschätzung, argumentieren kann. Diese kann mithilfe zweier Indikatoren viel leichter begründet werden, weil – außer vielleicht im Ausnahmefall einer eindeutig deflatorischen Entwicklung – entweder die Geldmenge oder die Inflationssignale (oder beide) „Gefahren“ anzeigen können! Dies ist schon deshalb meist der Fall, weil bei niedrigen Inflationsraten zwischen diesen Größen überhaupt kein systematischer Zusammenhang besteht, wie zahlreiche Studien gezeigt haben.

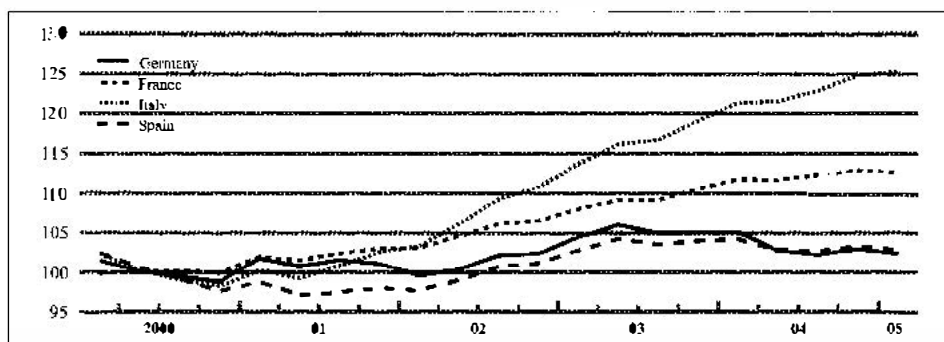
Schließlich sollte noch auf weitere Unterschiede in der Geldpolitik zwischen EZB und FED hingewiesen werden:

- Die FED lehnte (unter Greenspan) ein explizites Inflationsziel überhaupt ab – anders als die EZB;
- sie ist verpflichtet, Wachstum und Beschäftigung in ihren Überlegungen mit zu berücksichtigen – anders als die EZB;
- und schließlich wäre die Inflationsrate in den USA, nach europäischen Messmethoden gemessen, deutlich höher, weil Qualitätsverbesserungen der Produkte in den USA großzügiger als „Produktivitätsfortschritt“ eingerechnet werden: Es wird geschätzt, dass seit der Umsetzung des so genannten Boskin-Reports in den USA (1997) die jährliche Inflationsrate – gemessen am Konsumentenpreisindex – um 0,7% per anno geringer und das reale Wachstum des BIP um etwa 0,2% per anno höher berechnet wird.²⁴

Unterstellt man, dass auch in Europa ein ähnlich hoher Bias aufgrund eines unterschätzten Produktivitätsfortschritts (durch Qualitätsverbesserungen auf der Produktebene) existiert, so würde die EZB seit ihrer Existenz das Inflationsziel (weniger als 2%, aber nahe bei 2%) massiv unterschreiten.

Eine faire Beurteilung des Verhaltens der EZB muss natürlich berücksichtigen, dass das derzeit zu beobachtende wirtschaftliche Auseinanderdriften des Euro-Raumes in puncto Inflationsraten (Juni 2005: Spanien 3,4%, Deutschland 1,9%), Wettbewerbsindikatoren, Budgetindikatoren und Wachstumsraten eine adäquate Geldpolitik erschwert. Abbildung 1 zeigt, wie dramatisch sich die relativen Lohnstückkosten zwischen eini-

Abbildung 1: Trends der Wettbewerbsfähigkeit divergieren im Euro-Raum:
Index der Wettbewerbsfähigkeit (2000 = 100)



Indikator der Wettbewerbsfähigkeit = relative Lohnstückkosten in der verarbeitenden Industrie in gemeinsamer Währung.

Quelle: OECD Economic Outlook 77 (Juni 2005).

gen Euroländern seit der Einführung des Euro zu Ungunsten Italiens verschoben haben. Der Grund ist allerdings nicht ein verantwortungsloses Agieren italienischer Gewerkschaften. Italien hat vielmehr zunächst von den niedrigeren Realzinsen im Euro-Raum überdurchschnittlich profitiert, sodass das Lohnwachstum nicht ganz so stark hinter der Entwicklung der Produktivität zurückgefallen ist wie in anderen Ländern (zum Beispiel in Deutschland).

Erleichtert wird die Geldpolitik durch dieses Auseinanderdriften natürlich nicht.

Wer allerdings deshalb – wie Othmar Issing – glaubt, es wäre das Klügste, frei nach Goethe als „Weltkind in der Mitten“ zu posieren, kann fatal danebenliegen, ist es doch so, dass sich gerade daraus die Divergenzen in der realwirtschaftlichen Entwicklung noch verschärfen: Wenn für stagnierende Volkswirtschaften die Realzinsen zu hoch und für rasch wachsende zu niedrig sind, wie soll daraus jemals Konvergenz entstehen?

6. Das Problem der gerechten Verteilung

Auch die Bestimmung des – von der demokratischen Mehrheit der Bürger eines Landes politisch gewollten – Ausmaßes an Umverteilung (mit dem Ziel der Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit) unterliegt den Problemen des Markt- und Staatsversagens.

Das lässt sich sehr einfach (und durchaus „orthodox“) begründen: Man könnte die gewünschte „gerechte Verteilung“ als „öffentliches Gut“ definieren, von dessen Nutzen niemand ausgeschlossen werden kann. Der Nutzen dieses Gutes wird (wie bei jedem öffentlichen Gut) von verschiedenen Individuen höchst unterschiedlich bewertet werden.

Bis zu einem gewissen Grad wird Umverteilung auch im Interesse der „Reichen“ sein, wenn Armut Bedrohungen generiert, aufgrund derer hohe Abwehrausgaben (Leibwächter etc.) notwendig sind. Allerdings reicht dieses gemeinsame Interesse bei weitem nicht aus, um Armut über freiwillige Beiträge (Spenden etc.) zu bekämpfen, weil jeder Einzelne ja, wie bei öffentlichen Gütern generell, ein Trittbrettfahrermotiv hat. Demokratisch legitimierte Zwangsabgaben zur Finanzierung von Umverteilung sind daher unverzichtbar.

Natürlich sollte auch dieses öffentliche Gut zu möglichst niedrigen „Kosten“ produziert werden. Die „Kosten“ bestehen darin, dass auf dem Weg der Umverteilung immer etwas verloren geht. Ausweichreaktionen der Belasteten (Steuerberater, Anwälte, Umgehungskonstruktionen), Bürokratiekosten, Schwächung von Leistungsanreizen etc. können sich natürlich summieren. Bei extremer Umverteilung könnte es sein, dass die Kosten so hoch werden, dass alle schlechter gestellt sind, als wenn ein höherer Grad an Ungleichheit toleriert würde. Dann wäre das „Rawls-Kriterium“ verletzt.

Der Charakter des „öffentlichen Gutes“ einer gerechten Verteilung bedeutet jedoch gleichzeitig, dass alle Probleme „lokaler“ öffentlicher Güter auftreten werden. Beispielsweise kann ein Land A den reichen Bürgern des egalitären Landes B „Asyl“ anbieten und gleichzeitig die eigenen armen Bürger durch bewusste Schlechterstellung ins Land B vertreiben. Das ist natürlich „Trittbrettfahrerei“ pur und unterläuft die Möglichkeit für die Bürger des Landes B, jene Verteilung zu wählen, die sie wünschen. Tendenziell besteht daher die Gefahr, dass bei freier Mobilität eine „Unterversorgung“ mit dem öffentlichen Gut „Gerechtigkeit der Verteilung“ resultiert. Die Relevanz dieser Überlegungen für den ungehemmten Steuerwettbewerb in Europa ist offensichtlich.

Radikal-liberale Theoretiker verweigern sich jeglicher Diskussion über derartige Probleme. Erstens bestreiten sie schlichtweg, dass es so etwas wie einen allgemeinen Konsens über eine „gerechte Verteilung“ geben kann. („Konsens“ im Sinne streng homogener Präferenzen gibt es allerdings bei keinem öffentlichen Gut.) Allenfalls die Verfahrensregeln, wie man zu Einkommen und Vermögen kommt, können nach liberaler Auffassung „gerecht“ im Sinne von nicht-diskriminierend sein. Die Mehrheit hat daher kein Recht, der reichen Minderheit Steuern zum Zwecke der reinen Umverteilung abzunehmen, dies wäre eine Art von staatlich sanktioniertem „Diebstahl“.

Ein grundlegendes Argument wider diese vulgär-liberale Sicht der „*Austrian economics*“ ist, dass jeder individuelle Reichtum in einer arbeitsteiligen Gesellschaft nur in einem sozialen Kontext akkumuliert werden kann. Dies impliziert, dass der „wahre“ ökonomische Beitrag des Unternehmers und der seiner Mitarbeiter gar nicht voneinander (und vom Beitrag der Gesellschaft als Ganzes) zu trennen sind (was viele kluge und erfolgreiche Unternehmer übrigens wissen und bei Festtagsreden auch gerne eingestehen!).

Die Argumentation, dass Umverteilung (bis zu einem gewissen Grad) auch im Interesse der Reichen sein kann, lässt sich beträchtlich verbreitern:

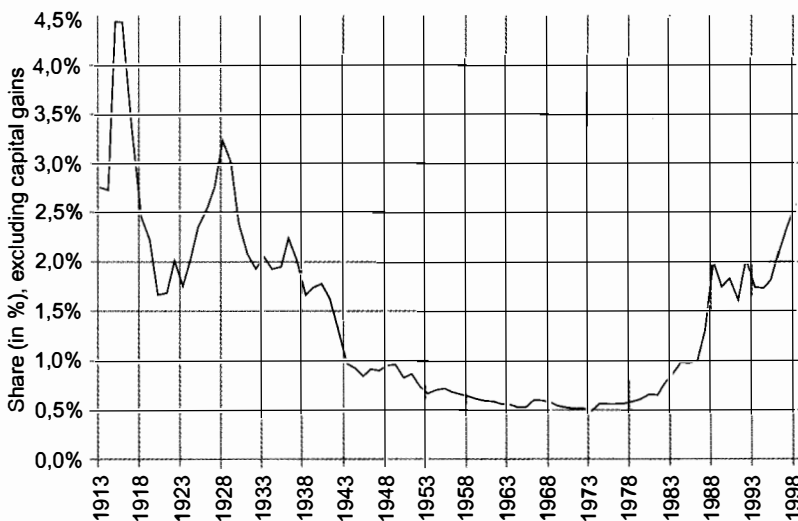
- > Individuum A kann seine Gewinne aus einer unternehmerischen Idee nur realisieren, wenn die Verlierer des dadurch ausgelösten Wandels bereit sind, ihre Verluste friedlich hinzunehmen. Ein wesentlicher Teil der sozialstaatlichen Umverteilung dient genau diesem Zweck, Verlierer des strukturellen Wandels wenigstens partiell zu kompensieren, mit dem Ziel, zerstörerische Konflikte, aber auch destruktive Blockaden des Wandels zu verhindern!
- > Sozialstaatliche Absicherungen können auch die unternehmerische Risikobereitschaft selbst erhöhen, weil ein Scheitern für den Einzelnen weniger dramatische Folgen hat.
- > Ein fehlender oder schwacher Sozialstaat destabilisiert ganz generell das Verhalten in konjunkturellen Krisen („Angstsparen“).

- Eine konsequente Umsetzung der liberalen Utopie stellt das Prinzip der Chancengleichheit letztlich selbst in Frage, weil das absolut gesetzte Recht auf Privateigentum und das damit verknüpfte Recht auf Vererbung von Vermögen Ungleichheiten der Startchancen über Generationen hinweg perpetuiert und – in einer kinderarmen Gesellschaft – verschärft.

Zum letztgenannten Punkt passt, dass die intergenerative Auf- und Abwärtsmobilität in den USA nachweislich schwächer ist als beispielsweise in Schweden mit seiner deutlich geringeren Einkommensungleichheit, wie Björklund und Jäänti (1997) in einer Aufsehen erregenden Studie gezeigt haben. So haben in den USA, wo der Mythos „vom Tellerwäscher zum Milliardär“ allgemeine Glaubenspflicht ist,²⁵ 40% aller US-Söhne mit armen Vätern ebenfalls arme Söhne, im egalitäreren Schweden sind es nur 25%! Der tiefere Grund liegt darin, dass Ungleichheit – in einer Erwerbsgesellschaft – vor allem über Bildungszugänge vererbt wird!

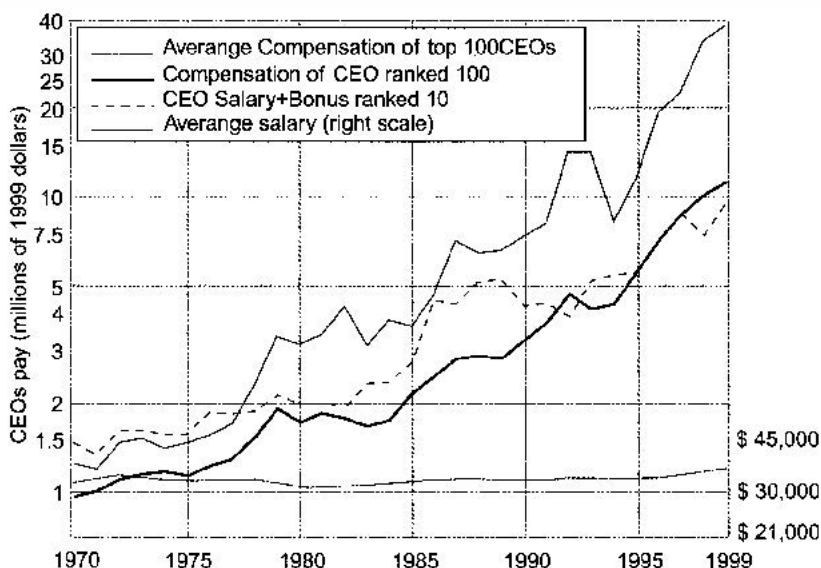
Natürlich stößt Umverteilung, und hier haben die Liberalen partiell Recht, an vielfältige Grenzen, will man die Grundlagen einer produktiven Wettbewerbsgesellschaft nicht gefährden. Diese Grenzen sind jedoch weiter gesteckt, als es immer dargestellt wird. Beispielsweise wird immer wieder behauptet, Globalisierung und technischer Fortschritt seien die treibenden Kräfte hinter der wachsenden Ungleichheit in den USA und in Europa. Diese Kräfte gibt es, und sie wirken sich in der Tat vor allem zulasten der niedrig qualifizierten und schlecht entlohnerten Arbeitskräfte aus. Allerdings handelt es sich um langfristig wirksame Faktoren.

Abbildung 2: Der Einkommensanteil des obersten hundertstel Prozents in den USA 1913-1998



Quelle: Piketty, Saez (2003).

Abbildung 3: Gehälter leitender Angestellter und Durchschnittslöhne in den USA 1970-99



Quelle: Forbes Annual Compensation surveys of CEOs in top 800 companies; Durchschnittslöhne von Vollzeitbeschäftigten aus den National Income Accounts. Zitiert aus: Piketty, Saez (2003).

Die Abbildung 2 zeigt jedoch klar, dass die wachsende Ungleichheit auch eine Folge gezielter Politik gewesen sein muss – anders wäre ihr sprunghafter Anstieg während der Reagan-Ära in den USA nicht erklärlich. In den USA hat es tatsächlich in diesen Jahren – vor der Marköffnung in China, Indien und Osteuropa etc. – einen revolutionären Bruch mit der Nachkriegsvergangenheit gegeben: Steuerpolitik, Ausgabenpolitik, Ordnungspolitik, Geldpolitik – alle zentralen Politikbereiche wurden in den Dienst der Reichen und Superreichen gestellt.

Abbildung 3 zeigt die Entwicklung der Relation von Managergehältern zum durchschnittlichen Arbeitnehmer Einkommen – wundert es jemanden, wenn deutsche Manager von amerikanischen Gehältern und polnischen Löhnen träumen?

7. Die ewige Suche nach der „guten“ Gesellschaft

Wir kommen um die moralisch-politischen Fragen „Wohlstand wofür?“ und „Wohlstand für wen?“ nicht herum. Der Kampf der Vorstellungen um die „gute Gesellschaft“ muss politisch ausgetragen werden. Der unvermeidbare Konflikt zwischen sozialer Gerechtigkeit und einem entfesselten Wirken von Marktkräften kann nicht einfach unter Verweis auf „die Auf-

lösung einer vermeintlichen Antinomie“ (wie bei Weizsäcker) als politische Illusion abgetan werden, als Folge mangelnder Aufklärung und Unvernunft. Delegation von Entscheidungen „an den Markt“ erfordert immer einen sorgfältig konzipierten regulativen Rahmen auf Basis demokratisch gesteuerter Interessenabwägung. Unvermeidbare Fehlsteuerungen des Marktes müssen durch kooperative Anstrengungen korrigiert werden. Es ist ein Zeichen totalitäre Ideologien, in der Natur ökonomischer Probleme liegende Wertkonflikte und den Zwang zu Kompromissen zu leugnen und einen *einzigsten* Lösungsweg (jenen, der den eigenen Interessen entspricht) als „vernünftig“ auszugeben! Auch die ökonomische Theorie ist nicht wertneutral, wenn sie von wesentlichen Aspekten der Realität abstrahiert und unmöglich existierende Kunstwelten als normatives Ideal propagiert.

Gerade die moderne „Glücksforschung“²⁶ hat empirisch überzeugend nachgewiesen, dass das subjektive Wohlbefinden der Menschen, ihre Lebenszufriedenheit, in den relativ reichen Ländern der Welt nur mehr zu einem Teil von den (relativen!) materiellen Umständen des Daseins (dem „Realeinkommen“) bestimmt wird, sondern die Teilhabe an der Arbeitswelt, das gesamte soziale Umfeld („soziale Vergleichsprozesse“) und die Qualität der Gemeinschaftsgüter von entscheidender Bedeutung sind. Hier schneiden, wie die OECD in ihren Studien klar gezeigt hat, gerade die kleinen europäischen Wohlfahrtsstaaten hervorragend ab – besser als die auf das auf individuelle Streben nach Glück verfassungsmäßig eingeschworenen USA.

Die für das Glück der Menschen relevanten Faktoren lassen sich jedoch nicht ohne eine Eingrenzung der Domäne des „Marktes“, ohne Verzicht auf bestimmte Formen und Weisen der Produktion und nur durch eine bewusste politische Gestaltung (und Beschränkung) individueller, kurzsichtiger Egoismen qualitativ verbessern – von der Raumordnungspolitik bis zur Umweltpolitik, von der Familienpolitik bis zur Verkehrspolitik, von der Bildungspolitik bis zur Arbeitszeitpolitik gibt es da ein weites Feld.

Sicher, die Liberalen haben Recht, wenn sie uns immer wieder daran erinnern, dass auch jede Eingrenzung individueller Handlungsfreiheit ihren Preis hat und der sorgfältigen Begründung bedarf, dass unternehmerische Phantasie, Wagemut und Tatkraft in Kombination mit der Disziplinierungskraft des Wettbewerbs eine notwendige, essenzielle Bedingung unseres Wohlstandes sind. Möglich auch, dass die Bedeutung dieser Faktoren in den Zeiten des stabilen Wirtschaftswachstums und des Aufholprozesses Europas unterschätzt wurde. Aber die Marktfundamentalisten haben Unrecht, weil freie Märkte noch lange keine hinreichende Bedingung für allgemeinen Wohlstand und Frieden sind.

Anmerkungen

- ¹ Mossner und Ross (1977). Lange vor Akerlofs mit dem Nobelpreis geadelter Arbeit berücksichtigte Smith dabei auch das Problem asymmetrischer Information („Quacksalberproblem“).
- ² Der ökonomische und ökologische Unsinn einer Biospritbeimengung mit einer negativen (!) Gesamtenergiebilanz ist wohl ohne eine solche Instrumentalisierung nicht zu verstehen.
- ³ Die moderne Transaktionskostenökonomie führt die Existenz von Firmen als „Inseln der Planwirtschaft“ in einem Meer von Marktbeziehungen darauf zurück, dass der Preis- und Wettbewerbsmechanismus der Allokation unter bestimmten Bedingungen ineffizient ist und durch andere Mechanismen ersetzt werden muss.
- ⁴ Ernst Fehr an der Universität Zürich hat auf diesem Gebiet Pionierarbeit geleistet.
- ⁵ Angenommen, Sie finden mit viel Glück einen Parkplatz, für den Sie – in einer emotional neutralen Situation – maximal drei Euro zu bezahlen bereit gewesen wären. Neben Ihnen hält ein Rolls-Royce, ein arroganter Typ steigt aus, fordert Sie auf, den Parkplatz umgehend zu räumen und winkt Ihnen lässig mit einem 100-Euro-Schein – als Kompensation. Würden Sie freiwillig den Platz räumen? Wenn nicht, dann verstoßen auch Sie gegen das Wertmaximierungsprinzip.
- ⁶ In Experimenten hat sich gezeigt: Schenkt man jemandem ein Lotterielos, so wird dieses Subjekt nicht bereit sein, es um weniger als X Euro zu verkaufen. Bietet man ihm dasselbe Los zum Kauf an, so wird es nicht bereit sein, mehr als $Y < X$ Euro zu bezahlen. Status-quo-Präferenz spielt natürlich auch allgemein, in der Politik und im Konsumverhalten eine bedeutende Rolle. Damit stellt sich die unangenehme Frage: Darf man Menschen zu ihrem „Glück“ zwingen?
- ⁷ Man denke an Umfragen, die vor und nach der Einführung von Parkraumbewirtschaftungen, Rauchverböten in Lokalen etc. gemacht werden.
- ⁸ Das ist liberalen österreichischen Wirtschaftsjournalisten seit vielen Jahren ein Gräuel.
- ⁹ Gesamtwirtschaftlich ist es nicht möglich, dass zukünftige Pensionisten vom „Kapitalstock“ zehren, ihre Pensionen können nur aus laufenden Gewinnausschüttungen und der „Umlagekomponente“ finanziert werden. Letzteres bedeutet: Wenn die Pensionisten ihre Forderungen auflösen wollen, verlieren diese nur dann nicht an Wert, wenn (genügend) junge „Sparer“ das Entsparen der Alten durch Einzahlungen ausgleichen. Das demographische Problem gibt es daher auch beim „kapitalgedeckten“ Verfahren. Daher ist die Bezeichnung „kapitalgedeckt“ absolut irreführend.
- ¹⁰ Viele theoretische Makromodelle, die eine „repräsentative Firma“ auf Grundlage einer Cobb-Douglas-Technologie mit konstanten Skalenerträgen unterstellen und auf Wettbewerbsmärkten antreten lassen, gehen implizit von solchen absurden Annahmen aus!
- ¹¹ In Österreich stieg die Produktivität in der Industrie nach dem EU-Beitritt so rasch wie in den fünfziger Jahren – überwiegend durch Beschäftigungsabbau.
- ¹² Technologische Bedingungen und Präferenzen sind vorgegeben.
- ¹³ Weitgehend vergessen wurde, dass in der unmittelbaren Nachkriegszeit ein tiefer Skeptizismus gegenüber der Stabilität einer Marktwirtschaft weit verbreitet war und auch von allen politischen Kräften geteilt wurde.
- ¹⁴ Meines Erachtens ist sie nicht berechtigt, weil der Staat ja immer die Steuerhoheit über die Zinserträge hat – solange die Papiere von den eigenen Staatsbürgern gehalten werden.
- ¹⁵ Auch weil Konjunktur- und Strukturkrisen diagnostisch oft schwer zu trennen sind.
- ¹⁶ Sinn (2005).
- ¹⁷ Die Phase der Übersteuerung begann im Jahre 1991, als die Zinsen, zum Teil in Schritten von 100 Basispunkten, von 6,0% auf den Höchststand von 8,75% im Juli und Au-

gust 1992 angehoben wurden. Üblicherweise dauert es zweieinhalb Jahre, bis die Geldpolitik ihre volle Wirkung entfaltet.

¹⁸ The Economist (12. 3. 2005).

¹⁹ Hätte die EZB eine Zielscheibe mit Wachstumszahlen zwischen -2% und +5% geschmückt und einen Schimpansen darauf dressiert, mittels Pfeil irgendeinen Prognosewert herauszupicken, hätte sie sich vielleicht weniger blamiert.

²⁰ Geldillusion, das mangelnde Gefühl für die neuen „Werte“ und die Unsicherheit betreffend die Kaufkraft des Euro-Einkommens könnten eine weit größere Rolle bei der Kaufzurückhaltung spielen, als vielfach angenommen!

²¹ Bemerkenswerterweise wollte Rich die EZB mit seiner Arbeit vor Kritik in Schutz nehmen, wie er selbst erklärt. Das ist ihm gründlich misslungen.

²² NZZ (6. 6. 2005) 11.

²³ Ebenda.

²⁴ Triplett (2002) 26. Eines der – unedlen – Motive für die Neuberechnung der Inflationsmessung war der Versuch der US-Regierung, die budgetären Kosten der Pensionsanpassung an die Inflation zu senken.

²⁵ „Interestingly, Americans are usually over-optimistic about their chances of promotion. An opinion poll a couple of years ago found that 19% of American taxpayers believed themselves to be in the top 1% of earners. A further 20% thought they would end up there within their lifetime.“ Zitiert aus: Economist (6. 9. 2003) 44.

²⁶ Siehe Easterlin (2002).

Literatur

Björklund, A.; Jänti, M., Intergenerational Income Inequality, in: American Economic Review 87/5 (1997) 1017.

Commonwealth Fund International Health Policy Survey,
<http://www.academyhealth.org/2004/ppt/blendonosborn.ppt#4>

Easterlin, R. A., Happiness in Economics (=The International Library of Critical Writings in Economics 142, Northampton, MA, 2002).

Mossner, E. C.; Ross, I. S., The Correspondence of Adam Smith, To Willem Cullen, 20 Sept. 1774 (Oxford 1977) 173-179.

OECD Economic Survey 77 (Paris, Mai 2005).

Piketty, Th.; Saez, E., Income Inequality in the United States 1913-198, in: Quarterly Journal of Economics CXVII/1 (2003).

Rich, G., European Monetary Policy: Can the ECB learn from the FED? (Revised version, May 18, 2004) http://www.zei.de/download/zei_emu/emu_11/Rich.pdf

Sinn, H. G., Basar-Ökonomie Deutschland. Exportweltmeister oder Schlusslicht, in: Ifo-Schnelldienst, Sonderausgabe 6 (2005).

Triplett, J. E., The Mismeasurement Hypothesis and the Productivity Slowdown, in: Grean, N.; L'Horty, Y.; Mairesse, J., Productivity, Inequality and the Digital Economy (Cambridge Massachusetts 2002).

v. Weizsäcker, C. C., Gerechtigkeit, Freiheit und Wohlstand. Die Auflösung einer vermeintlichen Antinomie, in: Neue Zürcher Zeitung (14/15. 5. 2005) 19.

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit setzt sich, vor dem Hintergrund der neoklassischen Theorien des Markt- und Staatsversagens, kritisch mit verschiedenen Mythen der – den Zeitgeist beherrschenden – neoliberalen Ideologie auseinander. Anhand konkreter Fallbeispiele werden einige blinde Flecken des liberalen Dogmengebäudes genauer beleuchtet. Kritisiert wird der Glaube,

- „so viel Markt und Wettbewerb, so wenig Staat wie nur irgendwie möglich“ sei eine Art Zauberformel der Wohlstandsmaximierung;
- Liberalisierung und Marktöffnung einerseits, höhere Ersparnisse der privaten und öffentlichen Haushalte andererseits seien hinreichende Voraussetzungen der Entfesselung von Wachstumskräften;
- die wachsende Ungleichheit in unseren Gesellschaften sei eine unausweichliche Folge der „Globalisierung“ und/oder des technischen Wandels und kein politisch zu steuernder Prozess.

Die Arbeit plädiert für eine ausgleichende, pragmatische Sicht auf wirtschaftspolitische Probleme, in der sowohl Markt- als auch Staatsversagensphänomene als unvermeidlicher Teil einer komplexen Realität ernst genommen werden.